Bearbeitungsstand der überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Behörden	6
1.1 Volksaufträge	6
1.2 Parlamentarische Initiativen	6
1.3 Aufträge	6
1.4 Postulate	6
2. Staatskanzlei	7
2.1 Volksaufträge	7
2.2 Parlamentarische Initiativen	7
2.3 Aufträge	7
2.3.1 Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die definitive Einführung von e-Voting	7
2.3.2 Rechtsunsicherheit betr. Nichterreichen des Quorums für den 2. Wahlgang bei einer Majorzwahl, wenn mehr als 1 Sitz zu besetzen ist	7
2.3.3 Frist zwischen erstem und zweitem Wahlgang bei Majorzwahlen – bitte künftig nicht langsamer als die Berner	8
2.3.4 Listenverbindungen: Beschränkung auf das Wesentliche	8
2.3.5 Bürokratieabbau nicht nur für KMU's, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle mit Kanton und Gemeinden in Beziehung stehenden Organisationen	8
2.4 Motionen	9
2.5 Postulate	9
3. Bau- und Justizdepartement	10
3.1 Volksaufträge	10
3.2 Parlamentarische Initiativen	10
3.3 Aufträge	10
3.3.1 Für mehr Sicherheit beim Bipperlisi	10
3.3.2 Anpassung des Kapitels Telekommunikation VE-6.3. des kantonalen Richtplanes	11
3.3.3 Verbessertes Hochwasserschutz im Niederamt und Olten	11
3.3.4 Verbesserung der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn	12
3.3.5 Erleichterte Verfahren für die Kleinwasserkraft/Abbau von Hindernissen für die Förderung der Kleinwasserkraft	12
3.3.6 Kein Endlager im Niederamt	13
3.3.7 Sichern von Landreserven in Richtplan und Raumplanung für Firmen mit Anschlussgleisen und künftigen Infrastrukturbauten der Bahn	13
3.3.8 Rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen der Eisenbahninfrastruktur	14
3.3.9 Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen	15
3.3.10 Erarbeitung eines Richtplans Energie	15
3.3.11 Raumplanung mit Kulturlanderhaltung	16
3.3.12 Solarenergie bei Neubauten	16
3.3.13 Revision der kantonalen Planungs- und Baugesetzgebung mit dem Ziel, den Energieverbrauch im Gebäudebereich massiv zu senken und neue Energien zu fördern	16
3.3.14 Standort Schwerverkehrszentrum	16
3.3.15 Öffnung der Busspuren für Taxis	17

3.3.16. Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern	17
3.3.17. Kein Fruchtfolgeflächen-Verschleiss für Öko-Massnahmen.....	18
3.4. Motionen.....	18
3.5. Postulate.....	18
4. Departement für Bildung und Kultur.....	19
4.1. Volksaufträge.....	19
4.2. Parlamentarische Initiativen	19
4.3. Aufträge	19
4.3.1. Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen (A033/2008).....	19
4.3.2. Gleichbehandlung der Schulträger bei der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung (A199/2010)	19
4.3.3. Konsequente Umsetzung der Reform auf der Sekundarstufe 1 (A203/2010)	19
4.3.4. Abbau des Qualitätsmanagements an der Volksschule (A 172/2012).....	19
4.3.5. Mehr Bildung – weniger Administration (A 010/2013)	20
4.3.6. Absenzen in alle Zeugnisse (A027/2013)	20
4.3.7. Beurteilung der Verhaltensmerkmale in der Volksschule (A028/2013)	20
4.3.8. Desinteresse der Männer am Lehrberuf (A099/2013).....	21
4.3.9. Wahlmöglichkeit für die Gemeinden bei der Speziellen Förderung (SF) (A195/2013).....	21
4.3.10. Auftrag Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn): Weiterführung des Schulversuchs „Schwerpunktfach Englisch“ an der Kantonsschule Solothurn (A134/2013)	21
4.3.11. Auftrag Felix Lang (Grüne, Lostorf): Gegen die Diskriminierung von Behinderten mit Anspruch auf IV-Vollrente bei der Ausbildung (A128/2013)	21
4.3.12. Auftrag Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn): Schaffung einer verwaltungsunabhängigen Kommission für das Museum Altes Zeughaus (A148/2013)	22
4.4. Motionen.....	22
4.4.1. Systemänderung Subventionierung Besoldungskosten der Lehrkräfte (M124/2004)	22
4.5. Postulate.....	23
5. Finanzdepartement	24
5.1. Volksaufträge.....	24
5.2. Parlamentarische Initiativen	24
5.3. Aufträge	24
5.3.1. Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal – Ablieferung aller Entschädigungen an die Staatskasse.....	24
5.3.2. Betreibungsregistrauszüge für das ganze Kantonsgebiet.....	24
5.4. Motionen.....	24
5.5. Postulate.....	24
5.5.1. Spezialfinanzierung	24
6. Departement des Innern	26
6.1. Volksaufträge.....	26
6.2. Parlamentarische Initiativen	26
6.3. Aufträge	26
6.3.1. Kantonales Krebsregister	26
6.3.2. Änderung Lastenausgleich Soziales unter den Einwohnergemeinden	26
6.3.3. Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn	27

6.3.4.	Entwicklung der Sozialkosten.....	27
6.3.5.	Klare Kompetenz- und Finanzregelungen im Sozialbereich	27
6.3.6.	Von der Schule in die Sozialhilfe?	28
6.3.7.	Massnahmen zur Steigerung des Angebots an familienergänzender Kinderbetreuung im Vorschulbereich	28
6.3.8.	Standesinitiative zur Verlängerung der Anstossfinanzierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen durch den Bund.....	28
6.3.9.	Massnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung.....	29
6.3.10.	Langfristige Reformen mit positiver Kostenwirkung.....	29
6.3.11.	Weniger administrative Hürden bei familienergänzenden Angeboten.....	29
6.3.12.	Weg mit der Anbindung der Sozialhilfeleistungen an die SKOS-Richtlinien	29
6.3.13.	Online-Polizeiposten	29
6.3.14.	Strukturelle Überprüfung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Sozialwesen (gesetzliche Sozialhilfe) zwischen Kanton und Gemeinden.....	30
6.3.15.	Verhinderung einer weiterführenden und kostentreibenden Professionalisierung der Sozialregionen.....	31
6.4.	Motionen	31
6.5.	Postulate	31
6.6.	Planungsbeschlüsse.....	31
6.6.1.	Immobilien- und Eignerstrategie für die Solothurner Spitäler AG.....	31
6.6.2.	Legislaturplan 2013-2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009-2013 Lastenausgleich (B.1.7.5) / PB 06.....	32
6.6.3.	Legislaturplan 2013-2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009-2013 „Entscheid und Finanzkompetenz im Sozialbereich auf die gleiche Ebene“ (B.3.1.9) / PB 08.....	32
6.6.4.	Legislaturplan 2013-2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009-2013 „Sozialhilfekosten in den Griff bekommen“ (B.3.1.8) / PB 09	32
7.	Volkswirtschaftsdepartement	33
7.1.	Volksaufträge.....	33
7.2.	Parlamentarische Initiativen	33
7.3.	Aufträge	33
7.3.1.	Neugestaltung Finanzausgleich.....	33
7.3.2.	Generelle Überprüfung der Aufgabenteilung und Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden.....	33
7.3.3.	Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten.....	33
7.3.4.	Erhöhung der Altersgrenze für die Ausübung der Prostitution im Kanton Solothurn.....	34
7.3.5.	Optimierung der Kirchsteuer für juristische Personen.....	34
7.3.6.	Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung	34
7.3.7.	Szenarien für den Kanton Solothurn betreffend Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie	35
7.3.8.	Verbot von Elektroheizungen	35
7.3.9.	Energieeffizienzoffensive für den Kanton Solothurn.....	36
7.3.10.	Erweiterung der Standardlösungen für den Nachweis des Wärmeschutzes bei Neubauten auf Biogas	36
7.3.11.	Für eine massvolle Erweiterung der Sonntagsöffnungszeiten	37
7.3.12.	Abschaffung der Sektionschefs	37
7.3.13.	Genügende Deutschkenntnisse bei Einbürgerungen.....	37
7.4.	Motionen	38
7.4.1.	Aufgabenteilung.....	38
7.5.	Postulate.....	38

1. **Behörden**
- 1.1 Volksaufträge
- 1.2 Parlamentarische Initiativen
- 1.3 Aufträge
- 1.4 Postulate

2. Staatskanzlei

2.1. Volksaufträge

2.2. Parlamentarische Initiativen

2.3. Aufträge

2.3.1. Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die definitive Einführung von e-Voting

2. November 2011

Fabian Müller, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend zu ändern, dass e-Voting im Kanton Solothurn definitiv eingeführt werden kann. Die Sicherheit bei der korrekten Ergebnisermittlung sowie die Einhaltung des Wahlheimnisses müssen gewährleistet sein.

Unerledigt

Der Kantonsrat hat der Vorlage Gesetz über die Einwohnerregister- und Stimmregisterplattform am 5. November 2014 zugestimmt. Die Regierung hat im November 2014 Botschaft und Entwurf der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Die Vorlage wird anfangs 2015 dem Kantonsrat vorgelegt. Mit diesen beiden Vorlagen werden die rechtlichen Grundlagen für die Einführung von e-Voting geschaffen. Ab 2016 sind erste Pilotversuche im Inland vorgesehen. Nach den Vorgaben des Bundes ist eine Ausdehnung auf alle Stimmberechtigten des Kantons erst mit der Einführung eines Systems mit vollständiger Verifizierbarkeit möglich. Ab wann ein solches verfügbar ist, ist zur Zeit noch offen und wird von den Consortiumskantonen abgeklärt.

2.3.2. Rechtsunsicherheit betr. Nichterreichen des Quorums für den 2. Wahlgang bei einer Majorzwahl, wenn mehr als 1 Sitz zu besetzen ist

21. März 2012

Roland Heim, CVP

Da die heute praktizierte Auslegung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) durch die Staatskanzlei bewirken kann, dass in einer Majorzwahl, bei der 5 Sitze zu besetzen sind, Kandidaten, obwohl sie im ersten Wahlgang von 20% der Stimmenden gewählt wurden, nicht mehr zum 2. Wahlgang zugelassen sind, wird der Regierungsrat beauftragt, hier eine Praxisänderung zu bewirken und/oder die entsprechenden rechtlichen Grundlagen zu ändern, zu präzisieren oder zu ergänzen. Damit soll bewirkt werden, dass die Auslegung von § 46 Abs. 1 GpR, der bei Majorzwahlen die Bedingung für die Zulassung zu einem ev. 2. Wahlgang regelt (Quorum=5%) in ähnlicher Art und Weise interpretiert wird, wie § 113 Abs. 2, der die Berechnung des absoluten Mehrs regelt.

Die Bestimmung des 5%-Quorums sollte, wie das auch bei der Bestimmung des absoluten Mehrs (50%-Quorum) ganz automatisch geschieht, in Abhängigkeit zur Anzahl der zu vergebenden Sitze geschehen. Welche Basis letztlich für die Berechnung des 5%-Quorums sinnvoll ist, kann hier noch offen gelassen werden. Denkbar wäre ein Quorum bezogen auf das absolute Mehr oder auf die Anzahl der gültig Stimmenden (Personen) oder auf eine der Sitzzahl angepassten Kennzahl, die sich aus dem Total der gültigen Stimmen herleitet.

Gleichzeitig soll der Regierungsrat überprüfen, ob auch die Regelung der Berechnung des absoluten Mehrs gemäss § 113 Abs. 2 GpR eine Präzisierung erfahren muss, da auch in diesem Artikel die notwendige "Division der Summe von gültigen und leeren Stimmen durch die Anzahl zu vergebender Sitze" mit keiner Silbe erwähnt wird, aus mathematischen Gründen aber zwingend vorgenommen werden muss.

Da bereits im Frühjahr 2013 wieder Majorzwahlen stattfinden, drängt sich eine

dringliche Behandlung dieses Auftrages auf, um bis dahin eventuelle Gesetzesanpassungen machen zu können.

Unerledigt

Dieser Auftrag wurde nicht dringlich erklärt (A 188/2011 vom 9. Nov. 2011). Der Kantonsrat hat die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte am 12. Juni 2012 zurückgewiesen und den Regierungsrat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Regierung hat im November 2014 Botschaft und Entwurf der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Die Vorlage wird anfangs 2015 dem Kantonsrat vorgelegt.

- 2.3.3. Frist zwischen erstem und zweitem Wahlgang bei Majorzwahlen – bitte künftig nicht langsamer als die Berner

21. März 2012

Markus Schneider, SP

Das Gesetz über die politischen Rechte (GpR, BGS 113.111) ist dahingehend anzupassen, dass die Frist zwischen erstem und zweitem Wahlgang bei Majorzwahlen in der Regel vier Wochen beträgt. Die Gesetzesanpassung ist so zu terminieren, dass die nächsten Gesamterneuerungswahlen für den Regierungsrat mit dieser Frist durchgeführt werden können.

Unerledigt

Der Kantonsrat hat die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte am 12. Juni 2012 zurückgewiesen und den Regierungsrat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Regierung hat im November 2014 Botschaft und Entwurf der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Die Vorlage wird anfangs 2015 dem Kantonsrat vorgelegt.

- 2.3.4. Listenverbindungen: Beschränkung auf das Wesentliche

28. März 2012

überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR; BGS 113.11) und – wenn nötig – der dazugehörigen Ausführungserlasse zu unterbreiten, wonach bei Wahlen nur noch Verbindungen zwischen Listen der gleichen Partei und zwischen Listen der Mutter- und der jeweiligen Jungpartei (Unterlistenverbindungen) zulässig sind. Die Vorlage ist innert 6 Monaten zu unterbreiten, so dass die entsprechenden Gesetzesänderungen bereits auf die Kantonsratswahlen 2013 angewendet werden können.

Unerledigt

Der Kantonsrat hat die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte am 12. Juni 2012 zurückgewiesen und den Regierungsrat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Regierung hat im November 2014 Botschaft und Entwurf der Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Die Vorlage wird anfangs 2015 dem Kantonsrat vorgelegt.

- 2.3.5. Bürokratieabbau nicht nur für KMU's, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle mit Kanton und Gemeinden in Beziehung stehenden Organisationen

19. Juni 2012

CVP/EVP/glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat analog der Vorlage VI 007/2011 (Initiative „Bürokratieabbau KMU's“) ebenfalls eine Vorlage vorzulegen, mit der gesetzlich oder verfassungsmässig verankert wird, dass der Kanton Massnahmen trifft, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für alle Bürgerinnen und

Bürger sowie für alle mit ihm in Beziehung stehenden Organisationen (Unternehmungen inkl. KMU's, Nonprofit-, bzw. gemeinnützige Organisationen, Vereine, Gemeinden usw.) so gering wie möglich zu halten hat. Dabei sind, wo möglich, auch die Gemeinden in diese Verpflichtung einzubinden.

Unerledigt

Eine Vernehmlassungsvorlage wird im 2015 vorbereitet. Aufgrund dringlicher Arbeiten musste die Ausarbeitung der Vorlage um ein Jahr zurückgestellt werden.

2.4. Motionen

2.5. Postulate

3. Bau- und Justizdepartement

3.1. Volksaufträge

3.2. Parlamentarische Initiativen

3.3. Aufträge

3.3.1. Für mehr Sicherheit beim Bipperlisi

6. September 2006

Irene Froelicher, FdP

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Massnahmen, welche die Verkehrssicherheit im Zusammenhang mit der Bahn «Bipperlisi» erhöhen, raschmöglichst auszuführen.

Unerledigt

Die vor dem Jahr 2014 ausgeführten Massnahmen sind den jeweiligen Berichten per Ende 2007 bis 2013 zu entnehmen.

Auf dem Streckenabschnitt St. Katharinen in Solothurn bis Flumenthal untersucht die Aare Seeland mobil AG (asm) gemeinsam mit dem Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) die Parallelführung der Schiene mit der Strasse. Ziel der Untersuchungen ist das Aufzeigen möglicher Massnahmen im Umgang mit dem fehlenden Sicherheitsabstand zwischen Bahn und Strasse. Für die Festlegung des notwendigen Querschnitts wurde das Bundesamt für Verkehr (BAV) befragt. Die Antwort steht noch aus. Das neue Lichtraumprofil bedingt grössere Strassen- oder Bahnkorrekturen. Das AVT beabsichtigt, diese Arbeiten zusammen mit den vorgesehenen Betonstrassensanierungen vorzunehmen. Der Sanierungsumfang ist noch offen, die Ausführung ist für die Jahre 2019 bis 2023 geplant. Voraussetzung ist die Kreditgenehmigung durch den Kantonsrat bzw. den Regierungsrat.

Als Sofortmassnahme (Lichtraumausweitung asm) wurde im Abschnitt Kreuzung Hinterriedholz bis Flumenthal die Strasse provisorisch mit Baken um 0.50 m verschmälert. Diese Arbeiten wurden im Herbst 2012 ausgeführt.

Für die Jahre 2018 bis 2020 ist der Umbau der Kreuzung Hinterriedholz in den Gemeinden Riedholz / Flumenthal vorgesehen. Die verkehrstechnische Sanierung erfolgt mittels einer neuen Lichtsignalanlage. In diese Anlage wird auch die Sicherung des Bahnübergangs integriert.

Das Projekt «Neue Schrankenanlagen» in Feldbrunnen hat das BAV vom 18. November 2013 bis 17. Dezember 2013 öffentlich aufgelegt. Innerhalb der Auflagefrist gingen sechs Einsprachen gegen das Projekt ein. Die Einsprachen werden zurzeit durch das Bundesamt für Verkehr behandelt. Der Entscheid soll im Frühjahr 2015 vorliegen. Mit den Vorarbeiten für die Sanierung der Bahnübergänge möchte die asm im Herbst 2015 beginnen. Koordiniert mit der Belagssanierung im Abschnitt St. Katharinen bis Dorfeingang Ost soll mit den Hauptarbeiten 2016 begonnen werden.

Das Projekt für die verkehrstechnische Sanierung der Baselstrasse in Solothurn ist in Bearbeitung. Die Sanierung ist gemäss Mehrjahresplan Strassenbau für die Jahre 2018 und 2019 vorgesehen.

Als Sofortmassnahme wurde im Bereich der Einmündung Grimmengasse / Fialastrasse der Fussgängerstreifen um ca. 30 m nach Osten verschoben. Damit konnte die Sicht auf wartende Fussgänger verbessert werden. Diverse Optimierungen der LSA-Steuerungen sind bereits erfolgt.

3.3.2. Anpassung des Kapitels Telekommunikation VE-6.3. des kantonalen Richtplanes
7. November 2007 Fraktion FdP

Das Kapitel 6.3 Telekommunikation des kantonalen Richtplanes wird mit einem zusätzlichen Beschluss ergänzt. Dieser lautet wie folgt: VE-6.3.7 «Die Mobilfunkbetreiber optimieren Antennenstandorte innerhalb der Bauzone vorgängig zum Baugesuchsverfahren in einem Dialog mit den Gemeinden (Konsensualverfahren)».

Unerledigt

Der Auftrag wird mit der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans umgesetzt. Der Regierungsrat hat am 11. Dezember 2012 Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat beschlossen. Der Kantonsrat hat am 7. Mai 2013 (KRB Nr. SGB 195/2012) vom Entwurf 11/2012 des kantonalen Richtplans Kenntnis genommen. Bis 31. Mai 2013 lief die Anhörung bei den Gemeinden. Der Anhörungsbericht wurde am 5. Februar 2014 den Gemeinden zugestellt. Der Bund hat den Entwurf zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans vorgeprüft. Der Vorprüfungsbericht des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE wurde dem Bau- und Justizdepartement am 31. Januar 2014 zugestellt. Nachdem am 1. Mai 2014 das revidierte Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz; RPG; SR 700) in Kraft getreten war, hat das Bau- und Justizdepartement eine Siedlungsstrategie entwickelt und die Richtplankapitel zur Siedlung und Bauzone vollständig überarbeitet. Diese Ergänzungen wurden bis Mitte Dezember 2014 ebenfalls in eine Anhörung bei den Gemeinden gegeben. Der Regierungsrat hat am 16. Dezember 2014 (RRB Nr. 2014/2195) Botschaft und Entwurf zur Siedlungsstrategie an den Kantonsrat beschlossen. Gestützt auf die Beratungen im Kantonsrat und die Anhörung der Gemeinden sowie die Vorprüfung durch den Bund wird der Richtplan überarbeitet. Er soll im Sommer 2015 öffentlich aufgelegt werden.

3.3.3. Verbessertes Hochwasserschutz im Niederamt und Olten
12. März 2008 Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept «Hochwasserschutz Aare und Dünern» auszuarbeiten, um die gefährdeten und bekannten Gebiete im Niederamt und der Stadt Olten vor weiteren Hochwassern zu schützen.

Unerledigt

Aare: Als Teil der Wasserbauplanung 2009, Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 119/2008 vom 10. Dezember 2008, bzw. deren jährlichen Fortschreibung in der Mehrjahresplanung für den Wasserbau und die Siedlungswasserwirtschaft, zuletzt erfolgt mit der Mehrjahresplanung 2014, Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 176/2013 vom 10. Dezember 2013, ist das Wasserbauprojekt Hochwassersicherheit Aare, Abschnitt Olten bis Kantonsgrenze bei Aarau, in Bearbeitung.

In den Gebieten mit dem grössten Schadenpotential sind notwendige Schutzbauten im Uferbereich als sogenannte «vorgezogene Massnahmen» aus der Gesamtplanung herausgelöst und als separate Projekte vorangetrieben worden. In den Gemeinden Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd sind die Massnahmen bereits realisiert. Im Abschnitt Dulliken-Obergösgen-Däniken wurde die Nutzungsplanung bewilligt und Anfang 2013 die Ausführung gestartet. Diese sollen 2015 abgeschlossen werden.

Alle übrigen Bestandteile des Massnahmenkonzeptes werden mit dem «Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Aare, Olten-Aarau» umgesetzt. Der Bruttokredit von 27,5 Mio. Franken für dieses Vorhaben wurde am 9. Juni 2013 durch das Solothurner Stimmvolk deutlich genehmigt. Mit dem Regierungsratsbeschluss vom 17. Dezember 2013 (Nr. 2013/2357) wurde die entsprechende Nutzungsplanung mit Auflagen bewilligt. Die Realisierung begann 2014 und dauert rund 5 Jahre.

Dünnern: Als Teil der Mehrjahresplanung ab 2011 für den Wasserbau und die Siedlungswasserwirtschaft, zuletzt fortgeschrieben mit der Mehrjahresplanung 2014, Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 176/2013 vom 10. Dezember 2013, wurde inzwischen ein Hochwasserschutz- und Revitalisierungskonzept erarbeitet. Darin sind die Erkenntnisse der kommunalen Gefahrenkarten zusammengeführt, das Hochwasserschutzdefizit der gesamten Region aufgezeigt und die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verschiedener Lösungsansätze unter Berücksichtigung des Revitalisierungspotenzials beurteilt.

Im Jahr 2012 wurden zudem die im Zusammenhang mit der stattgefundenen Änderung der Eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung erforderlichen Planungsarbeiten (Gewässerraum, Revitalisierung von Gewässern etc.) begonnen. Daraus können weitere, wichtige Erkenntnisse gewonnen werden und in der Folge wird mittelfristig - nachdem die Projekte an Aare und Emme weiter fortgeschritten sind - die Projektierung konkreter Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Dünnern angegangen.

3.3.4. Verbesserung der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn
5. Mai 2009 François Scheidegger, FdP

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat die erforderlichen Verfassungs- und Gesetzesänderungen zu unterbreiten für den Ausbau der Aufsicht des Regierungsrates über die Strafverfolgungsbehörden im Sinne von Ziffer 3.4. (Ermöglichung von generellen Weisungen).

Unerledigt

Die Arbeiten sind vom Bau- und Justizdepartement anhand genommen worden und sind mittlerweile soweit fortgeschritten, dass im 2015 eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden kann.

3.3.5. Erleichterte Verfahren für die Kleinwasserkraft/Abbau von Hindernissen für die Förderung der Kleinwasserkraft
26. August 2009 Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, organisatorische und planerische Massnahmen zu ergreifen, um die Verfahren für den Bau und die Neukonzessionierung von Kleinwasserkraftwerken zu beschleunigen.

Unerledigt

Wie im RRB Nr. 2009/382 vom 10. März 2009 beschrieben, wurden bereits verschiedene Massnahmen geprüft und wo möglich umgesetzt. Mit der vorliegenden Empfehlung der Aufsichtsbehörden BAFU und BFE (Empfehlung zur Erarbeitung kantonaler Schutz- und Nutzungsstrategien im Bereich Kleinwasserkraftwerke, 2011) kann die Erarbeitung der kantonalen Wassernutzungsstrategie in Angriff genommen werden, welche massgebend wird für die Verfahren von Kleinwasserkraftwerken. Um die Schutz- und Nutzungsinteressen umfassend berücksichtigen zu können, wird die Wassernutzungsstrategie mit den kantonalen Strategischen Planungen zum Schutz und Nutzung der Gewässer (Revitalisierungsplanung, Geschiebehaushalt, Fischgängigkeit gemäss revidiertem Gewässerschutzgesetz) koordiniert. Bereits heute zeichnet sich ab, dass, wenn überhaupt, nur wenige Kleinwasserkraftwerke in Frage kommen. Ende 2015 wird die Wassernutzungsstrategie vorliegen.

3.3.6. Kein Endlager im Niederamt

2. September 2009

Fraktion SP/Grüne

Der Regierungsrat sichert zu, sich vehement dafür einzusetzen, dass die Kriterien des Sachplans geologisches Tiefenlager strikte eingehalten und die Interessen des Niederamtes berücksichtigt werden.

Unerledigt

Es handelt sich um einen Auftrag, der sich auf die ganze (lange) Verfahrensdauer bezieht. Das Verfahren läuft wie folgt ab: Die Standortsuche für ein geologisches Tiefenlager erfolgt mit dem Sachplan geologische Tiefenlager. Der Sachplan ist ein Raumplanungsinstrument des Bundes. Das Sachplanverfahren für geologische Tiefenlager findet in drei Etappen statt. Etappe 1 hat im November 2008 mit der Bekanntgabe der möglichen Standortgebiete durch die Nagra begonnen und ist mit dem Bundesratsentscheid am 30. November 2011 abgeschlossen worden. Mit dem Entscheid des Bundesrates, alle sechs vorgeschlagenen Standortregionen in den Sachplan aufzunehmen, ist der Kanton Solothurn mit der Standortregion Jura-Südfuss für ein Tiefenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle betroffen. Mit dem Abschluss der Etappe 1 leitete der Bundesrat gleichzeitig die Etappe 2 ein. In dieser bis Mitte 2017 dauernden Etappe werden die vorgeschlagenen Standortgebiete sicherheitstechnisch vertiefter untersucht. Zudem werden die Standortvorschläge auf mindestens zwei pro Abfallkategorie (hochaktive/schwach- und mittelaktive Abfälle) eingegrenzt. Am 20. Januar 2012 hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) 20 Standortareale für Oberflächenanlagen vorgeschlagen. Für das Standortgebiet Jura-Südfuss wurden vier Standorte vorgeschlagen. Die Vorschläge wurden von den Regionalkonferenzen und deren Fachgremien im Jahre 2012 diskutiert und bis März 2013 beurteilt. Die Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss (PJS) hat an der Vollversammlung vom 27. April 2013 beschlossen, dass die Standortvorschläge für die Oberflächenanlage gänzlich ungeeignet und abzulehnen sind, aber dass unter Berücksichtigung des weiteren Verfahrens der Standort Jura-Südfuss 1 in Däniken, Kiesgrube, von der Nagra weiter geprüft werden könnte. Dieser Beschluss betrifft lediglich den Standort der Oberflächenanlage und bestimmt nicht den Standort eines allfälligen Tiefenlagers. In Etappe 3 wird die definitive Standortauswahl erfolgen und der Bundesratsentscheid über das Rahmenbewilligungsgesuch. Die Rahmenbewilligung muss von den eidgenössischen Räten genehmigt werden. Der Parlamentsbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

3.3.7. Sichern von Landreserven in Richtplan und Raumplanung für Firmen mit Anschlussgleisen und künftigen Infrastrukturbauten der Bahn

24. August 2011

Peter Schafer, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung bezüglich Luftreinhalte, Güterverkehrsverlagerung und Umweltschutz im Allgemeinen, folgende Punkte verbindlich in den Richtplan aufzunehmen, respektive in die laufende Richtplanüberarbeitung und in der Raumplanung des Kantons Solothurn zu berücksichtigen:

Geeignete gleisnahe Grundstücke, insbesondere an der Jura Südfuss Strecke und im Niederamt sollen nach Möglichkeit nur dann mit industriellen Bauten belegt werden, wenn sich die entsprechenden Firmen dazu verpflichten, ihr Areal mit Anschlussgleisen zu erschliessen und ihre Transporte mehrheitlich per Bahn abzuwickeln. Das Amt für Raumplanung und das Amt für Verkehr und Tiefbau des Bau- und

Justizdepartements des Kanton Solothurn pflegt einen regelmässigen Austausch mit SBB Infrastruktur, SBB Cargo, BLS AG und OeBB, um jederzeit deren kurz-, mittel- und langfristigen Landbedürfnisse für Planungen und Projekte im Bereich Schienengüterverkehr zu kennen. Dies mit dem Ziel, entsprechende Landreserven zu sichern, auch zu einem Zeitpunkt, bei dem noch keine konkreten Bauprojekte vorliegen.

Unerledigt

Der Auftrag wird mit der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans umgesetzt. Der Regierungsrat hat am 11. Dezember 2012 Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat beschlossen. Der Kantonsrat hat am 7. Mai 2013 (KRB Nr. SGB 195/2012) vom Entwurf 11/2012 des kantonalen Richtplans Kenntnis genommen. Bis 31. Mai 2013 lief die Anhörung bei den Gemeinden. Der Anhörungsbericht wurde am 5. Februar 2014 den Gemeinden zugestellt. Der Bund hat den Entwurf zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans vorgeprüft. Der Vorprüfungsbericht des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE wurde dem Bau- und Justizdepartement am 31. Januar 2014 zugestellt. Nachdem am 1. Mai 2014 das revidierte Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz; RPG; SR 700) in Kraft getreten war, hat das Bau- und Justizdepartement eine Siedlungsstrategie entwickelt und die Richtplankapitel zur Siedlung und Bauzone vollständig überarbeitet. Diese Ergänzungen wurden bis Mitte Dezember 2014 ebenfalls in eine Anhörung bei den Gemeinden gegeben. Der Regierungsrat hat am 16. Dezember 2014 (RRB Nr. 2014/2195) Botschaft und Entwurf zur Siedlungsstrategie an den Kantonsrat beschlossen. Gestützt auf die Beratungen im Kantonsrat und die Anhörung der Gemeinden sowie die Vorprüfung durch den Bund wird der Richtplan überarbeitet. Er soll im Sommer 2015 öffentlich aufgelegt werden.

3.3.8. Rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen der Eisenbahninfrastruktur

20. März 2012

Peter Schafer, SP

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird beauftragt, sich bei den Eisenbahninfrastrukturbetreibern für die rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen einzusetzen.

Erledigt

Die mit der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 zur FABI-Vorlage beschlossene Neuordnung der Infrastrukturfinanzierung des öffentlichen Verkehrs tritt auf den 1. Januar 2016 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt liegt die Zuständigkeit für die Finanzierung der Eisenbahn-Infrastruktur beim Bund.

Mit der jährlichen pauschalen Einlage von 500 Mio. Franken in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) entfällt für die Kantone die Mitfinanzierungspflicht bezüglich BehiG-Finanzhilfen für Infrastrukturmassnahmen, nicht aber für Massnahmen betreffend Rollmaterial.

Der jährliche pauschale Beitrag des Kantons Solothurn in den BIF beläuft sich nach heutigem Kenntnisstand ab 2016 auf rund 10.0 Mio. Franken. Im Rahmen der Anhörung der Leistungsvereinbarungen 2017 - 2020 des Bundes über die Infrastrukturfinanzierung der konzessionierten Transportunternehmungen wird sich der Kanton Solothurn dafür einsetzen, dass die noch ausstehenden BehiG-Massnahmen der SBB entlang der Jurasüdfusslinie zwischen Grenchen Süd und Schönenwerd und der BLS-Strecken (Burgdorf) Gerlafingen - Solothurn und (Moutier) Gänsbrunnen - Solothurn rasch umgesetzt werden.

Der Kanton Solothurn hat sich im Rahmen der jährlichen Infrastrukturtreffen mit den konzessionierten Transportunternehmungen (SBB, asm, BLS, BLT, OeBB und RBS)

immer für die rasche Umsetzung von BehiG-Massnahmen eingesetzt. So konnten verschiedene Massnahmen wie Perronerhöhungen (Bettlach, Solothurn, Oberbuchsiten, Egerkingen - Oensingen in Umsetzung) und die Verbesserung der Zugänge zu den Bahnhöfen (OeBB, BLT, RBS) realisiert werden. Weitere Massnahmen wurden mit der SBB AG und den Privatbahnen vereinbart und werden bis 2018 abgeschlossen sein.

Angesichts der Zuständigkeit der Eisenbahninfrastrukturfinanzierung gemäss FABI ab 2016 durch den Bund und den bereits realisierten bzw. vereinbarten Infrastrukturmassnahmen mit den konzessionierten Transportunternehmungen ist der Auftrag «Rasche Umsetzung des BehiG im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen der Eisenbahninfrastruktur» erfüllt und kann als «Erledigt» abgeschrieben werden.

3.3.9. Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen

29. August 2012

Fabian Müller, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Bericht das sinnvolle Potenzial der Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen (Wasserversorgungen, Abwasserreinigungsanlagen, Kehrlichtverbrennungsanlagen) aufzuzeigen und darzulegen, wie die Förderung und Umsetzung solcher Projekte vom Kanton unterstützt bzw. vorgeschrieben werden kann. Allenfalls sind gesetzliche Massnahmen vorzuschlagen.

Unerledigt

Im Zusammenhang mit dem Energiekonzept und der strategischen Wasserplanung des Kantons wird der genaue Handlungsbedarf abgeklärt. Die über zehn Jahre alten Studien im Bereich der Abwasserentsorgung werden nachgeführt. Dabei werden neu auch die Wasserversorgungen mit einbezogen. Das Projekt «Energie in Infrastrukturanlagen» wurde 2013 gestartet, befindet sich auf Kurs und soll 2015 abgeschlossen werden. Implementiert wurden ein Energie-Monitoring in Abwasserreinigungsanlagen und die Erhebung des Energieverbrauchs der Wasserversorgungen.

3.3.10. Erarbeitung eines Richtplans Energie

29. August 2012

Fabian Müller, SP

Der Regierungsrat wird mit der Überarbeitung des kantonalen Energiekonzepts prüfen, ob bestimmte Gemeinden, die im kantonalen Richtplan zu bezeichnen sind, eine behördenverbindliche Energieplanung vornehmen müssen.

Unerledigt

Der Regierungsrat hat am 23. Juni 2014 das Energiekonzept 2014 genehmigt (RRB Nr. 2014/1110). Im Energiekonzept Kanton Solothurn ist als Massnahme die Förderung von behördenverbindlichen Energieplanungen zur räumlichen Koordination von Energieangebot und -nachfrage vorgesehen. Zudem kann der Kanton Regionen und Gemeinden bezeichnen, welche zur Erstellung einer behördenverbindlichen Energieplanung verpflichtet werden. Diese Massnahmen sind als Beschlüsse in den Entwurf des kantonalen Richtplans aufgenommen worden, der sich zurzeit in Gesamtüberprüfung befindet. Die öffentliche Auflage ist in der zweiten Hälfte 2015 geplant.

3.3.11. Raumplanung mit Kulturlanderhaltung

4. September 2012

Fraktion Grüne

Bei der Überarbeitung des Richtplanes und der Ortsplanungsrevisionen ist darauf zu achten, dass die Vorgaben der Gesetzgebung (Art. 3 RPG, § 68 PBG), ergänzt mit einer marktkonformen Regelung zur Mehrwertabschöpfung, konsequent umgesetzt werden.

Unerledigt

Die Regierung beabsichtigt, die Abschöpfung der Planungsmehrwerte, zu der die Kantone nach der Zustimmung zur Revision des Raumplanungsgesetzes des Bundes auch verpflichtet sind, im Rahmen eines kantonalen Planungsausgleichsgesetzes zu regeln. Er hat dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche Ende 2014 dem Regierungsrat einen Vernehmlassungsentwurf unterbreitet hat. Der Regierungsrat hat am 16. Dezember 2014 eine erste Lesung beraten und beschlossen (RRB Nr. 2014/2235). Er hat das Bau- und Justizdepartement beauftragt, das öffentliche Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 2. April 2015.

3.3.12. Solarenergie bei Neubauten

16. Januar 2013

Fabian Müller, SP

Dem Anliegen des Vorstosses, die Nutzung der Solarenergie zu fördern, wird grundsätzlich Rechnung getragen. Wie genau die Fördermassnahmen auszugestalten sind und ob eine Nutzungspflicht der Solarenergie bei Neubauten eingeführt werden soll, wird bis Ende 2012 im Rahmen des Energiekonzeptes bearbeitet.

Erledigt

Diesem Anliegen wird bei der Umsetzung der neuen MuKE 2015 (Mustervorschriften der Kantone im Energieverbrauch) in die kantonale Energiegesetzgebung Rechnung getragen werden müssen. Gemäss verabschiedetem Energiekonzept 2014 ist das Volkswirtschaftsdepartement dafür zuständig.

3.3.13. Revision der kantonalen Planungs- und Baugesetzgebung mit dem Ziel, den Energieverbrauch im Gebäudebereich massiv zu senken und neue Energien zu fördern

16. Januar 2013

Urs Huber, SP

Der Regierungsrat wird mit der Überarbeitung des Energiekonzeptes prüfen, ob neben der gültigen Gesetzgebung und den geplanten Änderungen weitere Anpassungen der Gesetzgebung erforderlich sind.

Erledigt

Bei Neubauten und Gebäudeerneuerungen, welche das von der Gesetzgebung geforderte Mass an Energieeffizienz um mindestens 20 % überschreiten, ist bei der Geschossflächen-, Überbauungs- und Baumassenziffer ein Bonus von 5 % zu gewähren. Ab einer Verbesserung von 40 % beträgt dieser Bonus 10 %. Diese Massnahme wurde während der Erarbeitungsphase des Energiekonzeptes mit einer Anpassung der entsprechenden Verordnung bereits umgesetzt. Die Regierung hat 2014 das aktualisierte Energiekonzept entsprechend verabschiedet.

3.3.14. Standort Schwerverkehrszentrum

15. Mai 2013

Felix Wettstein, Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, Alternativen zum bisher vorgesehenen Standort für den Neubau eines Schwerverkehrszentrums zu prüfen. Insbesondere sollen potenzielle Standorte in «Industriebrachen» geprüft werden.

Erledigt

Zur Prüfung von Alternativstandorten für das Schwerverkehrszentrum (SVKZ) und die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) sind Machbarkeitsstudien auf dem Werkhofareal der Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW) Neumatt in Oensingen und auf dem Areal des Busbetriebes Olten Gösgen Gäu (BOGG) in Wangen bei Olten in Auftrag gegeben worden. Die Machbarkeitsstudien haben ergeben, dass sowohl das Gelände für das SVKZ auf dem Werkhofareal der NSNW in Oensingen als auch das Areal der BOGG für die MFK geeignet sind. Die Realisierung der beiden Vorhaben ist noch ausstehend, weil das SVKZ von der Finanzierung des Bundes abhängig ist und die MFK durch den Arealausbau der BOGG. Alternativstandorte wurden wie beauftragt, geprüft und gefunden. Der Auftrag zur Prüfung von Alternativstandorten ist damit erledigt.

3.3.15. Öffnung der Busspuren für Taxis

27. August 2013

Walter Gurtner, SVP

Der Regierungsrat wird beauftragt, innerhalb eines Jahres zu prüfen, wie und wo und zu welchen Kosten Taxis bestehende Busspuren im ganzen Kanton Solothurn gleichberechtigt mitbenützen können.

Unerledigt

Die Überprüfung aller Busspuren im Kanton Solothurn wurde durchgeführt und die Ergebnisse wurden in einem Bericht (Verkehrsteiner vom 26. Mai 2014) festgehalten. Von insgesamt 24 geprüften Strecken (16 in der Region Solothurn und 8 in der Region Olten) wurden 5 Strecken zur Freigabe von Busspuren für Taxis als machbar beurteilt (4 Strecken in der Region Solothurn und 1 Strecke in der Region Olten).

Die Ergebnisse wurden in den verschiedenen Gremien beraten (Ausschuss Verkehrsmassnahmen und der kantonalen Verkehrskommission, Direktorensitzung der Vereinigung Solothurner Transportunternehmungen, AVT).

Zurzeit werden die verkehrstechnischen Projekte mit Kostenvoranschlag für die Freigabe der 5 Abschnitte erstellt. Nach Vorliegen dieser Projekte wird dem Regierungsrat bis spätestens Mitte 2015 das weitere Vorgehen beantragt.

3.3.16. Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern

14. Mai 2014

Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, in den laufenden Verfahren seinen Einfluss geltend zu machen, so dass künftig im Areal Widen in Dornach dem Aspekt Arbeiten in Kombination mit Wohnen gebührend Rechnung getragen wird. Basis für die Entscheidungsfindung und den Nutzungsmix sind langfristig ausgerichtete und wirtschaftlich tragbare Angebote, welche die kommunalen und kantonalen Ziele unterstützen.

Unerledigt

Die Gemeinde Dornach hat das räumliche Teilleitbild «Widen» beschlossen. Im Leitbild ist festgehalten, dass «das Widen-Areal in Dornach innerhalb der nächsten Jahre und Jahrzehnte etappenweise qualitativ und nachhaltig umgenutzt, baulich umstrukturiert und zu einem neuen, lebendigen, vielseitig durchmischten Zukunftsquartier mit einem Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen, Freizeit und Kultur entlang eines attraktiven Natur- und Erholungsgebiets an der «Birs» entwickelt und für die Öffentlichkeit geöffnet werden soll». Im Liquidationsverfahren wurde das Gebiet an die HIAG AG verkauft. Diese hat einen gestaffelten Mietvertrag mit der Baoshida Swissmetall AG abgeschlossen. Der Regierungsrat will bei der Genehmigung der Planungen sicherstellen, dass dem Aspekt Arbeiten in Kombination mit Wohnen gebührend Rechnung getragen wird.

3.3.17. Kein Fruchtfolgeflächen-Verschleiss für Öko-Massnahmen

2. Juli 2014

Peter Brügger, FdP

Der Regierungsrat wird aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass für ökologische Massnahmen Fruchtfolgeflächen irreversibel verbraucht werden. Der Erhalt von Fruchtfolgeflächen muss auch bei ökologischen Massnahmen Priorität haben. Ausgenommen sind Massnahmen, die aufgrund von Bundesgesetzen zwingend sind.

Unerledigt

Der Regierungsrat will den Auftrag mit folgenden Massnahmen umsetzen: Einerseits wird das Bau- und Justizdepartement beauftragt, in der Interessenabwägung den Fruchtfolgeflächen (FFF) eine hohe Priorität einzuräumen. Andererseits will der Regierungsrat keine Planungen genehmigen, in welchen nicht aufgezeigt wird, dass die FFF möglichst geschont werden. Zudem gilt es darauf hinzuweisen, dass das Amt für Landwirtschaft im Auftrag des Amtes für Raumplanung zurzeit die FFF flächendeckend im ganzen Kanton erhebt. Damit wird eine verlässliche Grundlage geschaffen, um die FFF im Kanton Solothurn zu erhalten.

3.4. Motionen

3.5. Postulate

4. Departement für Bildung und Kultur

4.1. Volksaufträge

4.2. Parlamentarische Initiativen

4.3. Aufträge

4.3.1. Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen (A033/2008)

29. Oktober 2008

Verena Meyer, FdP

Das Departement für Bildung und Kultur wird beauftragt, die Anpassung der Staatsbeiträge an die kommunalen Musikschulen in die laufenden Arbeiten der Arbeitsgruppe kommunale Musikschulen 08 einzubeziehen und dem Regierungsrat dazu einen Antrag vorzulegen. Anzupassen an die neuen Gegebenheiten der Musikschule im Qualitätsmanagement sind sowohl die Höhe als auch der Verteiler der Staatsbeiträge.

Erledigt

Mit der Annahme des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG, KRB RG 003a/2014 vom 7. Mai 2014) wurde die rechtliche Anpassung für das revidierte Staatsbeitragswesen an die kommunalen Musikschulen vollzogen und auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt.

4.3.2. Gleichbehandlung der Schulträger bei der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung (A199/2010)

11. Mai 2011

Fraktion CVP/EVP/glp

Der Regierungsrat prüft die Schulgelder der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung so auszugestalten, dass den Gemeinden unabhängig vom Schulort dieselben Kosten für dieselbe Ausbildung entstehen

Erledigt

Mit der Annahme des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG, KRB RG 003a/2014 vom 7. Mai 2014) wurde die rechtliche Anpassung vollzogen und auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt.

4.3.3. Konsequente Umsetzung der Reform auf der Sekundarstufe 1 (A203/2010)

11. Mai 2011

Fraktion FDP.Die Liberalen

Die Regierung wird beauftragt, die Lehrpersonen an allen Sekundarschulen P unabhängig von Standort entsprechend der Funktion einheitlich zu besolden.

Erledigt

Nach Jahren des Verhandeln und nach diversen politischen Vorstössen konnten sich die Personalverbände und die Arbeitgeberseite in der GAVKO sowie der Regierungsrat auf eine Lösung zur Einreihung der Lehrpersonen der Sekundarschule P einigen (RRB Nr. 2014/1793 vom 20. Oktober 2014). Die entsprechende Änderung des GAV tritt auf den 1. August 2015 in Kraft (RRB Nr. 2015/181 vom 17. Februar 2015).

4.3.4. Abbau des Qualitätsmanagements an der Volksschule (A 172/2012)

15. Mai 2013

René Steiner, EVP

Im Globalbudget VSA, Produktegruppe 1, Schulaufsicht, soll Geld eingespart werden. Die Regierung wird eingeladen aufzuzeigen, wie ein Sparziel von 1 Million Franken jährlich erreicht werden kann und welche Konsequenzen diese Einsparungen haben.

Erledigt (GPK)

Das Qualitätsmanagement an der Volksschule wurde überarbeitet und reduziert. Die Inkraftsetzung erfolgt auf den 1. August 2015 (Weisung DBK vom 10. Dezember 2014). Im Bereich der Schulaufsicht und Steuerung sind im Volksschulamt die Kosteneinsparungen als strukturelle Massnahmen ergriffen worden. Im Massnahmenplan 2014 DBK_K32 wird die Umsetzung aufgezeigt.

4.3.5. Mehr Bildung – weniger Administration (A 010/2013)

5. November 2013

Thomas Eberhard, SVP

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen des Massnahmenplans 2014 aufzuzeigen, wie für alle Schulstufen die Steigerung der Bildungsqualität erreicht und der bürokratische Aufwand stark reduziert werden kann. Die Vorlage soll sich auf die administrative Entlastung der Lehrpersonen, auf die Effizienzsteigerung bei den Schulleitungen und auf die Reduktion administrativer Vorgaben und Abläufe im Volksschulamt VSA und im Departement für Bildung und Kultur DBK ausrichten. Gleichzeitig soll mittels dieser Vorlage das Ziel erreicht werden, die Erfolgsrechnung jährlich um einen namhaften Millionenbetrag zu entlasten. Dies kann beispielsweise durch Einsparungen für weniger Qualitätsbeurteilungen bei Unterrichtszielen sein.

Erledigt (GPK)

Das Qualitätsmanagement an der Volksschule wurde überarbeitet und reduziert. Die Inkraftsetzung erfolgt auf den 1. August 2015 (Weisung DBK vom 10. Dezember 2014). Im Bereich der Schulaufsicht und Steuerung sind im Volksschulamt die Kosteneinsparungen als strukturelle Massnahmen ergriffen worden. Im Massnahmenplan 2014 DBK_K32 wird die Umsetzung aufgezeigt.

4.3.6. Absenzen in alle Zeugnisse (A027/2013)

13. November 2013

Andreas Schibli, FDP

Der Regierungsrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass ab dem Schuljahr 2015/2016 an allen Berufsfachschulen entschuldigte und unentschuldigte Absenzen in die Semester- und Abschlusszeugnisse eingetragen werden.

Unerledigt

Infolge unvorhergesehener Ereignisse (Kündigung der Standardsoftware ECO und Evaluation Nachfolgeprodukt) verzögert sich der ursprünglich geplante Einführungstermin voraussichtlich um ein Jahr. Mit Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 194/2014 vom 27. Januar 2015 wurde dem Verpflichtungskredit für die Ersatzbeschaffung einer neuen kantonalen Schulverwaltungssoftware zugestimmt. Mit den neuen Funktionalitäten der Software soll ab dem Schuljahr 2016/2017 der Eintrag der Absenzen in den Semester- und Abschlusszeugnissen sichergestellt werden.

4.3.7. Beurteilung der Verhaltensmerkmale in der Volksschule (A028/2013)

13. November 2013

Andreas Schibli, FDP

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, ob und wie – zusammen mit den Organisationen der Arbeitswelt und den Berufsverbänden der Volksschule – die Beurteilung der Verhaltensmerkmale in den Zeugnissen vergemeinschaftet werden können.

Unerledigt

Unter der Leitung des Volksschulamts hat die Arbeitsgruppe - zusammen aus Vertretungen der Organisationen der Arbeitswelt, dem Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Solothurn, dem Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn, dem Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen und dem Volksschulamt – erste Vorschläge für die Anpassungen der Verhaltensmerkmale erarbeitet.

- 4.3.8. Desinteresse der Männer am Lehrberuf (A099/2013)
 11. Dezember 2013 Überparteilich
 Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen aufzuzeigen, wie der Lehrberuf für Männer attraktiver gemacht werden kann.
Unerledigt
 Zusammen mit den andern Kantonen des Bildungsraumes werden Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen ausgearbeitet. Für die Erfüllung des Auftrages werden zusätzlich alle Angebote bei der Berufswahl beziehungsweise beim Berufswechsel und beim Einstieg in den Lehrberuf explizit auf eine Steigerung des Interesses für Männer ausgerichtet.
- 4.3.9. Wahlmöglichkeit für die Gemeinden bei der Speziellen Förderung (SF) (A195/2013)
 18. Dezember 2013 Überparteilich
 Der Regierungsrat wird beauftragt, den Schulversuch Spezielle Förderung nach den Umsetzungsregeln des Schlussberichtes Gesamtprojekt vom 7. Mai 2013 (RRB Nr. 2013/871 vom 21. Mai 2013) mit kollektiver Mittelzuteilung (Pensenpool) um vier Jahre zu verlängern. Dabei ist den Schulträgern eine Wahlmöglichkeit zur organisatorischen Ausgestaltung zu gewähren wie Schulinseln, Klassen für besondere Förderung und Sek K.
Erledigt
 Mit RRB Nr. 2014/836 vom 5. Mai 2014 ist der Regierungsrat diesem Auftrag nachgekommen und hat die Spezielle Förderung für die Schuljahre 2014-2018 festgelegt.
- 4.3.10. Auftrag Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn): Weiterführung des Schulversuchs „Schwerpunktfach Englisch“ an der Kantonsschule Solothurn (A134/2013)
 29. Januar 2014 Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn)
 Der Regierungsrat wird beauftragt, je nach Nachfrage und Bedürfnis den Schulversuch „Schwerpunktfach Englisch“ an der Kantonsschule Solothurn weiterzuführen und gleichzeitig zu prüfen, in die „Verordnung über die Maturitätsschulen des Kantons Solothurn (BGS 414.114)“ im § 5 (Schwerpunktfächer) Englisch zusätzlich als Schwerpunktfach aufzunehmen. Die Kosten im Bereich Schwerpunktfächer sollen getrennt ausgewiesen und ein Kostendach eingeführt werden.
Erledigt
 Mit Verfügung vom 3. Juli 2014 hat das Departement für Bildung und Kultur den Schulversuch für weitere vier Jahre verlängert (bis 2017/18; Begrenzung des Kostendachs Schwerpunktfach Englisch auf 8,5 JL jährlich).
- 4.3.11. Auftrag Felix Lang (Grüne, Lostorf): Gegen die Diskriminierung von Behinderten mit Anspruch auf IV-Vollrente bei der Ausbildung (A128/2013)
 18. März 2014 Felix Lang (Grüne, Lostorf)
 Der Regierungsrat wird beauftragt, die seit Frühjahr 2011 praktizierte Diskriminierung bei den Ausbildungsmöglichkeiten von IV-Vollrentner und IV-Vollrentnerinnen und voraussichtlich zukünftigen IV-Vollrentner und IV-Vollrentnerinnen mit entsprechenden Massnahmen zu verhindern.
 Zu diesem Zweck erstellt der Regierungsrat einen umfassenden Bericht, indem insbesondere folgende Punkte aus dem RRB 2011/1249 erfüllt bzw. beantwortet werden: Punkt 3.4 a bis g, Punkt 3.5.1 bis 3.5.3. Die Angebotsplanung Sonderpädagogik 2013-2020 in Kapitel 7 wird so ergänzt, dass Behinderte welche die Voraussetzungen der IV für eine erstmalige berufliche Eingliederungsmassnahme (EBM) und somit auch die Voraussetzungen für das Konzept 50:50 nicht erfüllen,

trotzdem die Möglichkeit einer mindestens zweijährigen beruflichen Ausbildung erhalten. Die Angebotsplanung Sonderpädagogik 2013-2020 in Kapitel 12 Ausbildungsstätte (Sek II) wird mit entsprechenden weiteren Institutionen, namentlich der VEBO, ergänzt.

Der Regierungsrat erarbeitet ein Konzept, in dem eine professionell begleitete berufliche Ausbildung (wie sie die VEBO anbietet) für Behinderte auch nach der Erreichung der Volljährigkeit bei fehlender EBM, durch den Kanton sichergestellt wird. Die Mehrkosten für diese Massnahmen (soweit nicht durch die IV, IV-Rente finanziert) werden vom Kanton getragen und nicht an die Gemeinden übertragen.

Unerledigt

Die kantonsinterne Auswertung der Ausbildungsjahre 2012/13 und 2013/14 hat gezeigt, dass die in Teilen neuen Bemessungs- und Zuteilungskriterien der Invalidenversicherung (IV) im Bereich der erstmaligen beruflichen Abklärungen (EBM, bzw. EBA) im Kanton Solothurn zu keiner „Diskriminierung“ geführt haben, bzw. führen. Die IV hat inzwischen per Ende 2014 ihre Handhabung in diesem Aufgabenfeld schriftlich präzisiert. Die Verunsicherung aus den Jahren 2011 und 2012 hat sich deutlich verringert. Der Vollzug im Einzelfall ist klar und der rechtzeitige Einbezug der Eltern in der anspruchsvollen Übergangszeit obligatorische Schule / Sekundarstufe II ist gewährleistet.

Zur zusätzlichen Unterstützung der Eltern wurde 2014 in enger Zusammenarbeit Volksschulamt / IV / Pro Infirmis auch eine spezifische Informationsbroschüre „Integration in die Ausbildungs- und Erfahrungswelt „ erarbeitet. Diese kann bei den Herausgebern gratis bezogen werden.

Der geforderte Bericht wird den Umsetzungsstand 2015 aufzeigen und den Vollzug der möglichen, bzw. notwendigen Verbesserungen darlegen. Er liegt im Entwurf (Stand Mitte Februar 15) vor und kann im Frühjahr 2015 sowohl der Fachkommission Menschen mit Behinderung als auch der Bikuko vorgelegt werden.

- 4.3.12. Auftrag Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn): Schaffung einer verwaltungsunabhängigen Kommission für das Museum Altes Zeughaus (A148/2013)
14. Mai 2014 Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn)

Der Regierungsrat wird beauftragt, für die Begleitung des Museums Altes Zeughaus in Solothurn eine verwaltungsunabhängige Kommission zu schaffen und die entsprechenden Ernennungen vorzunehmen.

Unerledigt

Im Rahmen des Projektes „Reorganisation AKS ab 2016“ wird auch das Teilprojekt „Künftiger Rechtsstatus MAZ“ bearbeitet. Dabei wird auch das Thema zur Schaffung einer verwaltungsunabhängigen Kommission Gegenstand der Diskussion. Inkraftsetzung frühestens im Sommer 2016.

- 4.4. Motionen

- 4.4.1. Systemänderung Subventionierung Besoldungskosten der Lehrkräfte (M124/2004)
4. Mai 2005 Fraktion FdP/JL

Anstelle des bisherigen Systems der Subventionierung der Besoldungskosten der Lehrkräfte soll neu eine Abgeltung über Schülerpauschalen erfolgen. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten, die den Systemwechsel vorsieht und die entsprechenden Gesetzesanpassungen vorschlägt.

Erledigt

Mit der Annahme des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der
Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG, KRB RG
003a/2014 vom 7. Mai 2014) wurde die rechtliche Anpassung vollzogen und auf den 1.
Januar 2016 in Kraft gesetzt.

4.5. Postulate

5. Finanzdepartement

5.1. Volksaufträge

5.2. Parlamentarische Initiativen

5.3. Aufträge

5.3.1. Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal – Ablieferung aller Entschädigungen an die Staatskasse

26. Juni 2013

Fraktion Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Regelung betreffend Rückerstattung von Entschädigungen im Gesetz über das Staatspersonal den entsprechenden Regelungen im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) anzupassen.

Erledigt

Der Kantonsrat hat nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 21. Januar 2014 (RRB Nr. 214/101) eine Änderung des Staatspersonalgesetzes am 18. März 2014 beschlossen (RG 004/2014). § 43 Absatz 1 des Staatspersonalgesetzes sieht neu vor, dass Mitglieder des Regierungsrates und Staatsbedienstete, welche in Vertretung des Kantons in Unternehmen des öffentlichen oder privaten Rechts tätig sind, mit Ausnahme der Spesenvergütungen alle Entschädigungen an die Staatskasse abzugeben haben.

5.3.2. Betriebsregistrauszüge für das ganze Kantonsgebiet

14. Mai 2014

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Der Regierungsrat setzt sich für die Schaffung eines eidgenössischen Betriebsregisters ein.

Unerledigt

Das Bundesamt für Justiz prüft, ob ein eidgenössisches Betriebsregister mittels der AHV-Versichertennummer realisiert werden kann. Die entsprechenden Arbeiten sind jedoch noch nicht soweit fortgeschritten, als dass die Kantone in das entsprechende Projekt einbezogen wurden. Sobald sich das Projekt näher konkretisiert, wird das Finanzdepartement die weiteren Arbeiten aktiv unterstützen.

5.4. Motionen

5.5. Postulate

5.5.1. Spezialfinanzierung

25. Juni 2003

Rolf Grütter, CVP

Der Regierungsrat wird hiermit beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Abschaffung aller Spezialfinanzierungen und Fonds im Bereich der Rechnung des Kantons zu schaffen.

Unerledigt

Das Finanzdepartement erachtet es als Daueraufgabe, die noch vorhandenen Spezialfinanzierungen zu hinterfragen und nach Möglichkeit aufzuheben. Zudem soll auch verhindert werden, dass neue Spezialfinanzierungen eingerichtet werden. Im vergangenen Jahr konnten keine Spezialfinanzierungen abgeschafft werden. Hingegen hat sich die Verbuchungsart der Spezialfinanzierungen mit der Einführung von HRM2 im Jahre 2012 grundlegend geändert. Die Entnahmen bzw. Einlagen in die Spezialfinanzierungen des Eigenkapitals wirken sich nun auf das operative Jahresergebnis der Erfolgsrechnung aus.

Am 9. Dezember 2014 wurde durch die GPK ein Auftrag eingereicht, welcher ebenfalls

die Reduktion der bestehenden Spezialfinanzierungen verlangt. Die Beantwortung steht noch aus.

6. Departement des Innern

6.1. Volksaufträge

6.2. Parlamentarische Initiativen

6.3. Aufträge

6.3.1. Kantonales Krebsregister

25. Juni 2008

Fraktion SP/Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein kantonales Krebsregister zu führen, welches Statistiken zu Krebsinzidenz und -mortalität im Kanton Solothurn erstellt. Das Krebsregister stellt für ausgewählte Krebsarten Daten zur Verfügung, die eine Evaluation von Krebsbekämpfungsmassnahmen erlaubt. Das kantonale Krebsregister ist durch den Anschluss an ein bereits bestehendes Krebsregister anderer Kantone zu realisieren.

Unerledigt

Im Rahmen der Revision des Gesundheitsgesetzes wurde eine zentrale Voraussetzung für ein Krebsregister geschaffen, indem eine Bestimmung aufgenommen wurde, welche die Medizinalpersonen verpflichtet, die für die Registerführung notwendigen Angaben zu melden (KRB RG 109a/2011 vom 9. November 2011).

Ziel des Kantons Solothurn war ein Krebsregister für die ganze Nordwestschweiz (AG, BE, BL, BS, LU und SO). Dieses Projekt ist 2011 gescheitert.

Aufgrund der schlechten Finanzaussichten des Kantons Solothurn wurde der Verzicht auf ein Krebsregister vom Regierungsrat in den Massnahmenplan 2013 aufgenommen (Massnahme Ddl_6). Im Rahmen der Beratung im Kantonsrat wurde der Verzicht gestrichen (KRB SGB 055/2012 vom 7. November 2012).

Am 23. Oktober 2013 stellte die SOGEKO aufgrund des geplanten Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen den Antrag, die Budgetposition Krebsregister aus dem Voranschlag 2014 zu streichen. Der Kantonsrat folgte am 18. Dezember 2013 diesem Antrag. Am 29. Oktober 2014 hat der Bundesrat Botschaft und Entwurf des Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen (Krebsregistrierungsgesetz) zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Es ist sinnvoll, mit dem Aufbau des Solothurner Krebsregisters zuzuwarten, bis die gesetzlichen Grundlagen des Bundes geschaffen sind.

6.3.2. Änderung Lastenausgleich Soziales unter den Einwohnergemeinden

24. August 2010

Irene Froelicher, FDP

Die gemäss Schlussbericht der paritätischen Kommission Aufgabenreform bezeichneten Aufgabenfelder sollen im Rahmen des Projektes zum neuen Finanz- und Lastenausgleich in der laufenden Legislatur angegangen werden. Es sind alle Finanzströme, insbesondere das Gefäss des direkten Finanzausgleichs, des indirekten Finanzausgleichs im Bildungsbereich und ein ressourcenorientierter Ausgleich im Bereich der sozialen Bedarfsleistungen in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Erledigt

Das Anliegen wurde im Rahmen der Aufgabenentflechtung und Neuordnung des Finanzausgleiches Kanton-Einwohnergemeinden bearbeitet. Der Regierungsrat kam zum Schluss, diesen Auftrag nicht direkt mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich zu verknüpfen, sondern im Rahmen von Aufträgen zur Entwicklung der Sozialkosten mit einzubeziehen (vgl. Ziff. 6.3.4 und 6.3.5). In Botschaft und Entwurf zum NFA SO (RRB Nr. 2014/65 vom 14. Januar 2014) wurde ausgeführt, dass mit der Zustimmung zum NFA SO u.a. auch der Auftrag von Irene Froelicher als erledigt abgeschrieben werde (S. 37,

Ziff 3). Mit der Volksabstimmung vom 30. November 2014 ist diese Zustimmung erfolgt.

6.3.3. Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn
10. November 2010 Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Kanton Solothurn koordiniert mit benachbarten Kantonen ein Mammografie-Screening-Programm einzuführen, welches allen im Kantonsgebiet wohnhaften Frauen zwischen dem 50sten und dem 70sten Lebensjahr rechtsgleichen Zugang zur qualitätsgesicherten Brustkrebs-Früherkennung ermöglicht. Um die Wirksamkeit objektiv beurteilen zu können, soll die Einführung nach Anschluss des Kantons an ein Krebsregister erfolgen. Die Einladung der genannten Frauengruppe erfolgt alle zwei Jahre und die Nutzung des Angebots muss freiwillig sein.

Unerledigt

Vor Einführung des Mammografie-Screenings soll ein Krebsregister geschaffen werden. Auf Antrag der SOGEKO hat der Kantonsrat am 18. Dezember 2013 aufgrund des geplanten Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen die Position Krebsregister aus dem Voranschlag 2014 gestrichen. Am 29. Oktober 2014 hat der Bundesrat Botschaft und Entwurf des Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen (Krebsregistrierungsgesetz) zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Es ist sinnvoll, mit dem Aufbau des Solothurner Krebsregisters zuzuwarten, bis die gesetzlichen Grundlagen des Bundes geschaffen sind.

6.3.4. Entwicklung der Sozialkosten

31. Oktober 2012 Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die zu erwartenden Veränderungen der Kosten bei den heutigen Sozialinstrumenten in den nächsten 10-15 Jahren aufzuzeigen.

Erledigt

Am 29. Januar 2013 wurde die Arbeitsgruppe „Vollzug Sozialgesetz – Entwicklung Sozialkosten“ (RRB Nr. 2013/162) eingesetzt. Der Schlussbericht vom 27. September 2013 wurde dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme und weiteren Verwendung unterbreitet. Der Bericht gibt Auskunft über die zu erwartenden Veränderungen der Kosten bei den heutigen Sozialinstrumenten. Der Regierungsrat hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen und basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen mit RRB Nr. 2014/233 vom 4. Februar 2014 einen umfassenden Massnahmenplan für den Bereich Sozialhilfe beschlossen.

6.3.5. Klare Kompetenz- und Finanzregelungen im Sozialbereich

31. Oktober 2012 Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Überprüfung des Verteilschlüssels der Ergänzungsleistungen durch eine paritätische Arbeitsgruppe Kanton/Einwohnergemeinden „Finanzierung soziale Sicherheit“ zu klären, ob eine klarere Regelung der Zuständigkeiten und der finanziellen Verantwortung im Sozialgesetz erforderlich ist. Dabei sollen Entscheidkompetenz und finanzielle Verantwortung soweit als möglich auf der gleichen Stufe angesiedelt sein.

Unerledigt

Am 29. Januar 2013 wurde die Arbeitsgruppe „Vollzug Sozialgesetz – Entwicklung Sozialkosten“ (RRB Nr. 2013/162) eingesetzt. Der Schlussbericht vom 27. September 2013 wurde dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme und weiteren Verwendung unterbreitet. Dieser hat basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen mit RRB Nr. 2014/233 vom 4. Februar 2014 einen umfassenden Massnahmenplan für den Bereich Sozialhilfe beschlossen. Gleichzeitig hat er das Departement des Innern damit beauftragt, unter Einbezug des VSEG eine Vorlage zur weiteren Aufgabenteilung

in Ergänzung zu jener über den NFA SO auszuarbeiten. Botschaft und Entwurf zuhanden des Kantonsrates werden vom Regierungsrat 2015 beschlossen.

6.3.6. Von der Schule in die Sozialhilfe?

26. Juni 2013

Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Lebenslage der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe zu untersuchen und im Rahmen eines Berichtes darzulegen. Die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist bei der Ausarbeitung einer übergeordneten, umfassend ausformulierten, kantonalen Strategie zur Bekämpfung der Armut besonders zu berücksichtigen. Die bestehenden Sanktions- und Kürzungsmöglichkeiten sind auszuschöpfen und unter Einbezug des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden VSEG die entsprechenden Richtlinien anzupassen. Die aus der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse haben darin einzufließen.

Unerledigt

Voraussichtlich Mitte 2015 werden die im Rahmen einer Masterarbeit an der Fachhochschule Bern gewonnenen Studienergebnisse vorliegen. Die Sozialhilfe an junge Erwachsene wurde bereits bei der Anpassung der Sozialverordnung zwecks Ausweitung der Ausnahmen von den SKOS-Richtlinien neu geregelt (RRB Nr. 2014/1623 vom 16. September 2014).

6.3.7. Massnahmen zur Steigerung des Angebots an familienergänzender Kinderbetreuung im Vorschulbereich

26. Juni 2013

Anna Rüefli (SP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Bericht zur Situation der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulbereich zu erstellen. Die Ausarbeitung der Fragestellungen und die Auswertung des Berichtes sind zusammen mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden vorzunehmen.

Unerledigt

In Zusammenarbeit mit dem VSEG wurden die Rahmenbedingungen und Fragestellungen zur Untersuchung geklärt. Die Firma ecoplan ist mit der Untersuchung und Berichterstellung beauftragt worden. Ein erster Zwischenbericht liegt vor. Dieser wird mit einer Untersuchung über die steuerlichen Auswirkungen beim Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung ergänzt.

6.3.8. Standesinitiative zur Verlängerung der Anstossfinanzierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen durch den Bund

26. Juni 2013

Anna Rüefli (SP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Standesinitiative einzureichen, in welcher der Bundesgesetzgeber aufgefordert wird, die in Art. 10 Abs. 4 des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung vorgesehene Befristung aufzuheben oder die Geltungsdauer des Gesetzes entsprechend zu verlängern und einen weiteren mehrjährigen Verpflichtungskredit zu bewilligen, so dass sich der Bund auch nach dem 31. Januar 2015 an der Anstossfinanzierung von schul- und familienergänzenden Betreuungsplätzen in den Kantonen und Gemeinden beteiligen kann.

Erledigt

Botschaft und Entwurf wurden mit Regierungsratsbeschluss vom 3. Dezember 2013 (RRB Nr. 2013/2233) an den Kantonsrat überwiesen. Der Kantonsrat hat die Standesinitiative am 19. März 2014 beschlossen (SGB 211/2013) und an den Bund überweisen lassen. Die Anstossfinanzierung ist mittlerweile durch den Bund verlängert worden.

- 6.3.9. Massnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung
 26. Juni 2013 Fraktion FDP.Die Liberalen
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu erarbeiten, um die Sozialhilfequote im Kanton Solothurn zu senken.
- Erledigt**
-
- Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 2014/233 vom 4. Februar 2014 einen umfassenden Massnahmenplan für den Bereich Sozialhilfe beschlossen und für die Umsetzung mit RRB Nr. 2014/837 vom 5. Mai 2014 eine Steuer- und Projektgruppe eingesetzt.
- 6.3.10. Langfristige Reformen mit positiver Kostenwirkung
 28. August 2013 Markus Knellwolf (glp)
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen des Massnahmenplans 2014 auch mittel- bis langfristig wirksame Reformen mit dem Ziel einer Entlastung des Finanzhaushalts aufzuzeigen.
- Erledigt**
-
- Am 9. Dezember 2013 wurde Botschaft und Entwurf zum Massnahmenplan 2014 beschlossen (RRB Nr. 2013/2280). Der Massnahmenplan 2014 enthält auch mittel- bis langfristig wirksame Reformen mit dem Ziel einer Entlastung des Finanzhaushalts. Dementsprechend wurde unter Ziffer 5.5 des Beschlussesentwurfs u.a. auch die Abschreibung dieses Auftrags beantragt und vom Kantonsrat beschlossen (KRB SGB 212/2013 vom 26. März 2014).
- 6.3.11. Weniger administrative Hürden bei familienergänzenden Angeboten
 29. Januar 2014 Fraktion FDP.Die Liberalen
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, die Richtlinien für die Betreuung und Platzierung von Kindern kundenfreundlicher und übersichtlicher auszugestalten. Sie sind mit dem Ziel zu überarbeiten, dass die zwingenden Bewilligungsvoraussetzungen knapp und übersichtlich dargestellt sowie getrennt von den reinen Empfehlungen veröffentlicht werden. Die Empfehlungen im Sinne einer „best practice“ sowie ergänzende Hilfsmittel sind im Rahmen eines Handbuchs herauszugeben.
- Unerledigt**
-
- Die überarbeiteten Richtlinien liegen im Entwurf vor und werden voraussichtlich im ersten Semester 2015 durch den Regierungsrat beschlossen. Handbuch und Hilfsmittel liegen ebenfalls im Entwurf vor.
- 6.3.12. Weg mit der Anbindung der Sozialhilfeleistungen an die SKOS-Richtlinien
 18. März 2014 Alexander Kohli (FDP)
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, § 93 SV zu revidieren und dabei die Ausnahmebestimmungen in den Bereichen Sanktionsrahmen, situationsbedingte Leistungen (inkl. Anreizsystem), Leistungen an Jugendliche und junge Erwachsene sowie Vermögensfreibetrag zu erweitern.
- Erledigt**
-
- Die Anpassung der Sozialverordnung zwecks Ausweitung der Ausnahmen von den SKOS-Richtlinien wurde im Sinne des Auftrags mit RRB Nr. 2014/1623 vom 16. September 2014 beschlossen.
- 6.3.13. Online-Polizeiposten
 18. März 2014 Mathias Stricker (SP)
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, nach Auswertung der Erfahrungen der Vorreiterkantone die Einführung von Suisse ePolice zu prüfen.
- Erledigt**
-

Die Prüfung gemäss Auftrag ist erfolgt. Per 2015 ist die Polizei Kanton Solothurn dem Verein Suisse ePOLICE (SeP) beigetreten und die Applikation SeP wurde erworben. Im ersten Quartal 2015 läuft die „Installation/Testphase“ und per 1. April 2015 wird der Online-Polizeiposten im Kanton Solothurn eingeführt.

6.3.14. Strukturelle Überprüfung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Sozialwesen (gesetzliche Sozialhilfe) zwischen Kanton und Gemeinden

6. Mai 2014

Fraktion FDP-Die Liberalen

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem VSEG im Verlaufe der Legislatur 2013-2017 ein zeitgemässes Revisions- und Aufsichtskonzept für den Vollzug des Lastenausgleichs Sozialhilfe zu implementieren.
Der Regierungsrat wird beauftragt, § 93 der Sozialverordnung zu revidieren und dabei die Ausnahmebestimmungen in den Bereichen Sanktionsrahmen, situationsbedingte Leistungen (inkl. Anreizsystem), Leistungen an Jugendliche und junge Erwachsene sowie Vermögensfreibetrag zu erweitern.
2. Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen der Überarbeitung der Sozialgesetzgebung die Schaffung eines unabhängigen Revisionsorgans zu prüfen, welches mittels Rechenschaftsbericht die Beratungsleistungen der regionalen Sozialdienste bzw. die Fallführungen (Fallperformance; Länge der Unterstützungsperioden, Fallabschlussfristen etc.) in qualitativer und quantitativer Hinsicht beurteilt. Es dürfen dadurch jedoch keine Doppelspurigkeiten entstehen.
3. Das Berichts- und Abrechnungswesen der regionalen Sozialdienste ist zu harmonisieren, damit ein aussagekräftiges Benchmarking aufgebaut werden kann. In diesem Zusammenhang sind die notwendigen IT-Strukturen zu schaffen, damit ein regions- und kantonsübergreifendes Fallführungs-Informationssystem aufgebaut werden kann.
4. Der Kanton wird beauftragt, im Rahmen der Revision der Sozialverordnung klare, kantonsweite Fallführungsstandards vorzugeben. Im Bereich der Intake-Strukturen sowie der Überprüfung der Subsidiarität sind definierte Vorgaben zu erfüllen, damit eine Entlastung der gesetzlichen Sozialhilfe erreicht werden kann. Die Nichteinhaltung dieser Vorgaben durch regionale Sozialdienste muss im Rahmen der Lastenausgleichskonzeption entsprechend berücksichtigt werden.
5. Im Rahmen der Revision der Sozialverordnung sind Anreize zu schaffen, damit die Klienten möglichst rasch wieder in die Selbständigkeit bzw. in die finanzielle Unabhängigkeit entlassen werden können.

Unerledigt

Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 2014/233 vom 4. Februar 2014 einen umfassenden Massnahmenplan für den Bereich Sozialhilfe beschlossen und für die Umsetzung mit RRB Nr. 2014/837 vom 5. Mai 2014 eine Steuer- und Projektgruppe eingesetzt. Die Projektgruppe hat sich auch dem vorliegenden Auftrag angenommen.

Stand der Arbeiten zu den einzelnen Ziffern:

1. Ein zeitgemässes Revisions- und Aufsichtskonzept befindet sich in Ausarbeitung. Die Anpassung der Sozialverordnung zwecks Ausweitung der Ausnahmen von den SKOS-Richtlinien wurde mit RRB Nr. 2014/1623 vom 16. September 2014 vorgenommen.
2. Dieser Teilauftrag wird im Rahmen der Erarbeitung des Revisions- und Aufsichtskonzeptes bearbeitet.
3. Das Amt für soziale Sicherheit hat per Juli 2014 eine neue EDV im Bereich Sozialhilfe eingeführt. Die technischen Grundlagen für einen Datenaustausch mit den Sozialregionen sind somit geschaffen. Gegenwärtig ist eine Projektgruppe daran, einen verbindlichen, allgemeinen Kontenplan zu erarbeiten sowie die Daten (insbesondere auch für die statistischen Erhebungen) zu benennen, die ausgetauscht

werden sollen. Voraussichtlich kann im zweiten Semester 2015 ein Pilot gestartet werden (Test Datenaustausch).

4. Dieser Teilauftrag wird im Rahmen der Erarbeitung des Revisions- und Aufsichtskonzeptes bearbeitet.
5. Über die erfolgte Anpassung der Sozialverordnung zwecks Ausweitung der Ausnahmen von den SKOS-Richtlinien (RRB Nr. 2014/1623 vom 16. September 2014) werden Erfahrungen gesammelt. Im Weiteren sind die Arbeiten für eine Optimierung der Armutsstrategie angelaufen. Im Rahmen dieser Arbeiten wird auch die Möglichkeit neuer Anreize geklärt.

6.3.15. Verhinderung einer weiterführenden und kostentreibenden Professionalisierung der Sozialregionen

5. November 2014

Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Sozialverordnung so anzupassen, dass den Sozialregionen bei der Personalbewirtschaftung vermehrt Handlungsspielraum offensteht. Dabei sind folgende Leitlinien zu verankern:

1. Die Fachmitarbeit gemäss § 6 Absatz 1 SV hat sich auf die methodische Fall- und Mandatsführung mit direkter Klientenberatung bzw. -betreuung zu beschränken.
2. Das Verhältnis von Fachmitarbeit und Administrativarbeit gemäss § 39 Absatz 1 SV ist zu Gunsten eines höheren Administrativanteils und gemessen an den realen Verhältnissen anzupassen.
3. In § 6 Absatz 2 SV ist genauer zu präzisieren, welche Personen als Fachmitarbeitende anerkannt werden können. Dabei ist auch zu regeln, unter welchen Bedingungen Personen mit spezifischer Berufserfahrung ohne entsprechende Aus- oder Weiterbildung als Fachmitarbeitende anerkannt werden.

Erledigt

Die Sozialverordnung wurde mit RRB Nr. 2014/1469 vom 25. August 2015 entsprechend dem Auftrag angepasst. Insbesondere wurde das Verhältnis zwischen Fachmitarbeit und Administrativarbeit bedarfsgerecht definiert und dabei der Anteil Fachmitarbeit auf das Nötige beschränkt. Zusätzlich wurden die Vorgaben zur Qualifikation der Fachmitarbeitenden breiter gefasst und klarer definiert. Dadurch ist die Flexibilität bei der Personalbewirtschaftung insgesamt gestiegen.

6.4. Motionen

6.5. Postulate

6.6. Planungsbeschlüsse

6.6.1. Immobilien- und Eignerstrategie für die Solothurner Spitäler AG

26. Juni 2013

Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons Solothurn für die Solothurner Spitäler AG (soH) in der Legislaturperiode 2013-2017 den Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien auf die soH festzulegen.

Unerledigt

Das Eigentum an den Spitalimmobilien soll auf die soH übertragen werden. Die Entwicklung in den anderen Kantonen ist zu beobachten und bis spätestens Ende Legislaturperiode werden im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons Solothurn für die soH der Zeitpunkt und die Modalitäten für die Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien festgelegt.

- 6.6.2. Legislaturplan 2013-2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009-2013
Lastenausgleich (B.1.7.5) / PB 06
25. März 2014 CVP/EVP/glp/BDP
-
- Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat im Jahr 2015 Botschaft und Entwurf zur Aufgabenentflechtung im Sozialbereich.
Unerledigt
-
- Mit RRB Nr. 2014/233 vom 4. Februar 2014 wurde das Departement des Innern damit beauftragt, unter Einbezug des VSEG eine Vorlage zur weiteren Aufgabenentflechtung in Ergänzung zu jener über den NFA SO auszuarbeiten. Botschaft und Entwurf zuhanden des Kantonsrates werden vom Regierungsrat 2015 beschlossen.
- 6.6.3. Legislaturplan 2013-2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009-2013
„Entscheid und Finanzkompetenz im Sozialbereich auf die gleiche Ebene“ (B.3.1.9) / PB 08
25. März 2014 Fraktion FDP.Die Liberalen
-
- Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat im Jahr 2015 Botschaft und Entwurf zur Aufgabenentflechtung im Sozialbereich.
Unerledigt
-
- Mit RRB Nr. 2014/233 vom 4. Februar 2014 wurde das Departement des Innern damit beauftragt, unter Einbezug des VSEG eine Vorlage zur weiteren Aufgabenentflechtung in Ergänzung zu jener über den NFA SO auszuarbeiten. Botschaft und Entwurf zuhanden des Kantonsrates werden vom Regierungsrat 2015 beschlossen.
- 6.6.4. Legislaturplan 2013-2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009-2013
„Sozialhilfekosten in den Griff bekommen“ (B.3.1.8) / PB 09
25. März 2014 Fraktion FDP.Die Liberalen
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu erarbeiten, um die Sozialhilfequote im Kanton Solothurn unter den schweizerischen Durchschnitt zu senken.
Der Regierungsrat wird beauftragt, § 93 der Sozialverordnung zu revidieren und dabei die Ausnahmebestimmungen in den Bereichen Sanktionsrahmen, situationsbedingte Leistungen (inkl. Anreizsystem), Leistungen an Jugendliche und junge Erwachsene sowie Vermögensfreibetrag zu erweitern.
Erledigt
-
- Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 2014/233 vom 4. Februar 2014 einen umfassenden Massnahmenplan für den Bereich Sozialhilfe beschlossen und für die Umsetzung mit RRB Nr. 2014/837 vom 5. Mai 2014 eine Steuer- und Projektgruppe eingesetzt. Die Anpassung der Sozialverordnung zwecks Ausweitung der Ausnahmen von den SKOS-Richtlinien wurde mit RRB Nr. 2014/1623 vom 16. September 2014 beschlossen.

7. Volkswirtschaftsdepartement

7.1. Volksaufträge

7.2. Parlamentarische Initiativen

7.3. Aufträge

7.3.1. Neugestaltung Finanzausgleich

30. Januar 2007

Fraktion SP/Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat im Verlauf der nächsten Legislaturperiode eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs unter den Einwohnergemeinden zu unterbreiten. Die Vorlage soll den Stärken des bisherigen Systems, den Auswirkungen der erwähnten Reformprojekte und den Erkenntnissen der Aufgabenreform Kanton - Gemeinden Rechnung tragen. Sofern zweckmässig soll sich die Neugestaltung an der Methodik der am 28. November 2004 gutgeheissenen Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone ausrichten und eine Eliminierung des indirekten Finanzausgleichs anstreben.

Erledigt

Am 30. November 2014 hat das Solothurner Volk die Vorlage zur Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs bei den Einwohnergemeinden mit 67.5% Ja-Stimmenanteil angenommen. Damit ist der Auftrag aus dem Jahre 2007 im Wortlaut des Regierungsrates als erledigt einzustufen. Er wurde folgedessen in Botschaft und Entwurf zur NFA SO (Ziffer 3, Seite 37) abgeschrieben.

7.3.2. Generelle Überprüfung der Aufgabenteilung und Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden

11. Mai 2010

Roland Heim, CVP

Der Auftrag „Generelle Überprüfung der Aufgabenteilung und Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden“ wird erheblich erklärt. Die gemäss Schlussbericht der paritätischen Kommission Aufgabenreform bezeichnet Aufgabenfelder sollen im Rahmen des Projektes zum neuen Finanz- und Lastenausgleich in der laufenden Legislatur angegangen werden. Es sind alle Finanzströme, insbesondere das Gefäss des direkten Finanzausgleichs, des indirekten Finanzausgleichs im Bildungsbereich und ein ressourcenorientierter Ausgleich im Bereich der sozialen Bedarfsleistungen in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Erledigt

Am 30. November 2014 hat das Solothurner Volk die Vorlage zur Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs bei den Einwohnergemeinden mit 67.5% Ja-Stimmenanteil angenommen. Damit ist der Auftrag aus dem Jahre 2007 im Wortlaut des Regierungsrates als erledigt einzustufen. Er wurde folgedessen in Botschaft und Entwurf zur NFA SO (Ziffer 3, Seite 37) abgeschrieben.

7.3.3. Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

10. November 2010

Markus Knellwolf, glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Ladenöffnungszeiten zu flexibilisieren. Zur Frage des Umfangs der Flexibilisierung lädt er die betroffenen Organisationen (Gewerbeverband, Handelskammer, Gewerkschaften) zu einer Meinungsäusserung ein.

Erledigt

Der Kantonsrat hat am 27. August 2014 das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz genehmigt

(KRB Nr. RG 191a/2013). Darin werden zwei Varianten zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten vorgeschlagen. Diese gelangen am 8. März 2015 zur Volksabstimmung.

Wir beantragen den Auftrag als erledigt abzuschreiben.

7.3.4. Erhöhung der Altersgrenze für die Ausübung der Prostitution im Kanton Solothurn

22. Juni 2011

Markus Flury, glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, innerhalb 6 Monaten die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die eine Ausübung der Prostitution im Kanton Solothurn erst ab 18 Jahren erlauben.

Erledigt

Am 1. Juli 2014 trat eine Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB, SR 311.0) in Kraft. Demnach macht sich strafbar, wer gegen Entgelt sexuelle Dienste Minderjähriger zwischen 16 und 18 Jahren in Anspruch nimmt.

Im Weiteren hat der Kantonsrat am 27. August 2014 das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz genehmigt (KRB Nr. RG 191a/2013). Darin sind auch Bestimmungen zur Sexarbeit enthalten. Diese Gesetzesvorlage gelangt am 8. März 2015 zur Volksabstimmung.

Wir beantragen den Auftrag als erledigt abzuschreiben.

7.3.5. Optimierung der Kirchsteuer für juristische Personen

24. August 2011

Markus Knellwolf, glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, nach Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichs bei den Einwohnergemeinden eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanzausgleichs unter den Kirchgemeinden nach den Grundsätzen des Referenzmodells der NFA des Bundes zu erarbeiten. Der Vorschlag aus diesem Vorstoss kann dann auf eine mögliche Umsetzung geprüft werden.

Unerledigt

Der nach dem Wortlaut des Regierungsrates erheblich erklärte Auftrag wird wie geplant nach der nun erfolgten Annahme der Gesetzesvorlage zur Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs bei den Einwohnergemeinden vom November 2014 in Angriff genommen. Mit den Arbeiten zur Hauptstudie wird im Jahr 2015 begonnen.

7.3.6. Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung

8. November 2011

Philipp Hadorn, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Änderung der kantonalen Verfügung vorzulegen, welche § 117 folgendermassen ändert:

1Kanton und Gemeinden fördern die Nutzung von erneuerbaren Energien, die dezentrale Energieversorgung sowie den sparsamen und rationellen Energieverbrauch.

2Sie können Massnahmen treffen zur Sicherstellung einer umweltgerechten, sicheren, ausreichenden und der Volkswirtschaft förderlichen Versorgung mit Energie.

Erledigt

Die Änderung der Kantonsverfassung wurde in der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 angenommen. Mit Schreiben vom 23. Mai 2014 ersuchte die Staatskanzlei um die eidg. Gewährleistung der Verfassungsänderung. Der Bundesrat beantragt mit seiner Botschaft vom 12. November 2014 (BBI 2014 9091) dem Parlament die geänderte Kantonsverfassung zu gewährleisten. Im Nachgang dazu bestimmt der Regierungsrat das Inkrafttreten.

Wir beantragen den Auftrag als erledigt abzuschreiben.

7.3.7. Szenarien für den Kanton Solothurn betreffend Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie

21. März 2011

Roland Heim, CVP

Der Regierungsrat wird aufgefordert – wenn möglich zusammen mit der Beantwortung der beiden Aufträge 034/2011 (Richtplanverfahren) und 035/2011 (Ausstieg aus der Atomenergie) – dem Kantonsrat aufzuzeigen:

Wie er die Pläne des Bundesrates und die bis dato vorliegenden Beschlüsse der Bundesversammlung betreffend langfristiger Ausstieg aus der Atomenergie für den Kanton Solothurn umsetzen will;

Welche Konsequenzen das auf die solothurnische Gesetzgebung, Richtplanung etc. haben wird.

Im Rahmen dieser Beratungen soll der überwiesene Auftrag 046/2007: „Das Niederamt als Standort eines neuen Kernkraftwerks sichern“ abgeschrieben werden, sofern die Antworten der Regierung keine weiteren Aktivitäten im Sinne diese Auftrags zulassen.

Unerledigt

Die aktuelle Diskussion betreffend „Ausstieg aus der Atomenergie“ präsentiert sich kurz zusammengefasst wie folgt: In der Wintersession 2014 hat der Nationalrat – als Erstrat - die Beratungen zur Energiestrategie 2050 abgeschlossen und das erste Massnahmenpaket zu deren Umsetzung beschlossen. Der Nationalrat will die Laufzeit von Kernkraftwerken nicht generell beschränken, jedoch den Bau neuer KKW's verbieten. Die ältesten KKW's sollen nach 60 Jahren abgeschaltet werden. Für Beznau I und II wäre das 2029 und 2031. Für die jüngeren Kernkraftwerke Gösgen und Leibstadt wurde keine maximale Lebensdauer festgelegt. Das KKW Mühleberg wird von der Betreiberin, die Bernischen Kraftwerke AG (BKW), Ende 2019, vom Netz genommen.

Mit Beschluss vom 23. Juni 2014 (RRB-Nr. 2014/1110) genehmigte der Regierungsrat das Energiekonzept 2014. Mit dem neuen Energiekonzept wird aufgezeigt, welche Konsequenzen der Entscheid des Bundesrates betreffend Ausstieg aus der Atomenergie für den Kanton Solothurn haben wird. Wir haben damit eine Grundlage, auf der sich der Kanton Solothurn, auf die neuen Herausforderungen eines sich wandelnden energiepolitischen Umfeldes vorbereiten kann. Die Instrumente zur Umsetzung der im Energiekonzept formulierten Ziele bestehen aus einem Massnahmenmix (Schwerpunktbereiche) von Vorschriften (Gebäudebereich), finanzieller Förderung (Energieeffizienz/erneuerbare Energien), Abbau von Hemmnissen (Raumplanung / Baugesetzgebung), Information und Beratung sowie Aus- und Weiterbildung. Alle vier Jahre wird ein Reportingbericht über den Stand der Umsetzung des Energiekonzeptes erarbeitet; erstmals spätestens im 1. Quartal 2017.

7.3.8. Verbot von Elektroheizungen

28. März 2012

Fabian Müller, SP

Das Verbot von Elektroheizungen (Neuanlagen), gemäss den neuen Mustervorschriften (MuKen 2008) der Energiedirektorenkonferenz (EnDK), soll ins kantonale Energiegesetz aufgenommen werden.

Im Energiegesetz soll zudem festgeschrieben werden, dass bestehende Elektroheizungen nicht erneuert werden dürfen und ab Inkrafttreten des Energiegesetzes durch andere Heizsysteme ersetzt werden müssen. Im Weiteren soll für alle Elektroheizungen eine Ersatzpflicht mit einer Übergangsfrist bis längstens 2025 vorgesehen werden.

Erledigt

Die Teilrevision des Energiegesetzes (Verbot von Elektroheizungen) wurde in der Volksabstimmung vom 30. November 2014 angenommen und trat am 1. Januar 2015 in Kraft (RRB Nr. 2014/22205 vom 16. Dezember 2014).

Wir beantragen den Auftrag als erledigt abzuschreiben.

7.3.9. Energieeffizienzoffensive für den Kanton Solothurn

28. März 2012

Urs Huber, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Energieeffizienzoffensive für die nächsten zehn Jahre auszuarbeiten. Der Kanton stellt finanzielle Mittel bereit, mit denen Projekte zur Förderung der Energieeffizienz finanziell unterstützt werden können.

Erledigt

Mit Beschluss vom 23. Juni 2014 (RRB-Nr. 2014/1110) genehmigte der Regierungsrat das Energiekonzept 2014. Wir haben damit eine Grundlage, auf der sich der Kanton Solothurn, auf die neuen Herausforderungen eines sich wandelnden energiepolitischen Umfeldes vorbereiten kann. Die Instrumente zur Umsetzung der im Energiekonzept formulierten Ziele bestehen aus einem Massnahmenmix (Schwerpunktbereiche) von Vorschriften (Gebäudebereich), finanzieller Förderung (Energieeffizienz/erneuerbare Energien), Abbau von Hemmnissen (Raumplanung / Baugesetzgebung), Information und Beratung sowie Aus- und Weiterbildung.

Angesichts der angespannten kantonalen Finanzlage wurde, entgegen der ursprünglichen Empfehlung der zuständigen Arbeitsgruppe, auf Ausarbeitung von flächendeckenden Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz verzichtet.

Die finanziellen Mittel zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien werden im Globalbudget „Energiefachstelle“ zur Verfügung gestellt und die jährlichen Budgettranchen jeweils im Rahmen des Voranschlages vom Kantonsrat genehmigt. Das eigentliche Förderprogramm ist in der Verordnung zum Energiegesetz über Staatsbeiträge (EnGVB; BGS 941.24) enthalten.

Nebst dem kantonalen Förderprogramm wurden auch nationale Effizienzprogramme lanciert. Erwähnenswert ist das Gebäudeprogramm Teil A (Gebäudemodernisierung) das gemeinsam von Bund und Kantonen mit einem jährlichen Budget von rund 200 Mio. Franken betrieben wird. Ein anderes Projekt heisst „ProKilowatt“. Sein Ziel ist es, mittels Stromeffizienzmassnahmen, den Stromverbrauch in Haushalten, Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen zu senken. Dafür stehen gesamtschweizerisch jährlich 42 Mio. Franken zur Verfügung.

Die Steigerung der effizienten Energieverwendung ist heute anerkanntermassen eine Daueraufgabe der Energiepolitik. Wir beantragen deshalb den Auftrag abzuschreiben.

7.3.10. Erweiterung der Standardlösungen für den Nachweis des Wärmeschutzes bei Neubauten auf Biogas

4. September 2012

Urs Allemann, CVP

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Verordnung zum Energiegesetz (EnVSO) so anzupassen, dass aufbereitetes und über das Erdgasnetz geliefertes Biogas als erneuerbare Energie im Sinne von § 11 Absatz 1 EnVSO gilt.

Unerledigt

Die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) wird an ihrer Plenarversammlung vom 9. Januar 2015 die finale Fassung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2014 (MuKE 2014) beraten und beschliessen. Im Rahmen der Erarbeitung der MuKE 2014 hatte der Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) sich dafür stark gemacht, die „Standardlösung Biogas“ – wie auch im vorliegenden Auftrag gefordert – in die MuKE 2014 aufzunehmen. Die EnDK hat

dieses Anliegen bisher abgelehnt.

Nach der Genehmigung der MuKE 2014 sollen die Kantone bis 2018 ihre kantonalen Energiegesetze/Energieverordnungen anpassen. So sollten ab 2020 in der ganzen Schweiz einheitliche Vorschriften gelten. Die kantonale Energiefachstelle wird nun den Handlungsbedarf zu allfälligen Anpassungen der kantonalen Energievorschriften klären und den dafür notwendigen Gesetzgebungsprozess starten. In diesem Zusammenhang kann auch das Anliegen dieses Auftrages nochmals geprüft werden, obwohl es nicht mehr Bestandteil der MuKE 2014 ist.

7.3.11. Für eine massvolle Erweiterung der Sonntagsöffnungszeiten

4. September 2012

Daniel Urech, Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat im Rahmen der Erfüllung des Auftrags A 052/2010 eine massvolle Erweiterung der Öffnungsmöglichkeiten von Lebensmittelgeschäften am Sonntag vorzulegen

Erledigt

Der Kantonsrat hat am 27. August 2014 das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz genehmigt (KRB Nr. RG 191a/2013). Darin ist in § 7 Absatz 1 Buchstabe c) geregelt, dass Lebensmittelgeschäfte an Sonntagen von 8 Uhr bis 18 Uhr geöffnet haben dürfen. Sie dürfen dazu wegen dem allgemeinen Sonntagsarbeitsverbot gemäss Artikel 18 Arbeitsgesetz (SR 822.11) jedoch keine Angestellten beschäftigen. Diese Gesetzesvorlage gelangt am 8. März 2015 zur Volksabstimmung. Wir beantragen den Auftrag als erledigt abzuschreiben.

7.3.12. Abschaffung der Sektionschefs

18. März 2014

Fraktion CVP/EVP/glp/BDP

Der Regierungsrat wird beauftragt, bis Ende 2014 die Aufgaben und Arbeitsprozesse des Sektionschefs zu überprüfen und Alternativen zum heute praktizierenden Sektionschefmodell aufzuzeigen. Dabei ist insbesondere zu prüfen, inwiefern und mit welchen Kostenfolgen und Konsequenzen die Aufgaben des Sektionschefs einer bereits bestehenden Behörde/Institution übertragen werden können.

Erledigt

Im RRB Nr. 2014/2149 vom 8. Dezember 2014 wurde eine entsprechende Auslegeordnung bezüglich der Reorganisation des geltenden Sektionschefmodells vorgenommen, die Aufgaben und Arbeitsprozesse des Sektionschefs überprüft, Alternativen zum heute praktizierenden Sektionschefmodell aufgezeigt, die Folgen der einzelnen Varianten aufgezeigt und die einzelnen Varianten anhand dieser Auslegeordnung geprüft. Gestützt darauf stimmt der Regierungsrat im genannten RRB der Umsetzung des Modells ‚Regionalisierung der Sektionskreise‘ zu. Das VWD wird beauftragt, bis 1. Januar 2017 die nötigen personellen, organisatorischen, administrativen und gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen. Er stellte in diesem RRB weiter fest, dass der Auftrag gemäss Kantonsratsbeschluss vom 18. März 2014, A 161/2013, mit diesem RRB erfüllt wurde und beantragt daher dem Kantonsrat im Rahmen der jährlichen Berichterstattung zum Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge die Abschreibung des Vorstosses als erledigt.

7.3.13. Genügende Deutschkenntnisse bei Einbürgerungen

18. März 2014

Christian Werner, SVP

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Erwerb des Bürgerrechts neu von mündlichen Deutschkenntnissen auf dem Niveau B1 (europäisches Sprachenportfolio) abhängig zu machen.

Erledigt

Von Personen, welche seit 1. August 2014 ein Einbürgerungsgesuch stellen, wird ein Nachweis verlangt, wonach sie über mündliche Deutschkenntnisse auf Niveau B1 und schriftliche Deutschkenntnisse auf Niveau A2 verfügen. Die entsprechenden Sprachstandsprüfungen wurden angepasst.

7.4. Motionen

7.4.1. Aufgabenteilung

24. März 1993

Peter Kofmel, FdP

Der Regierungsrat wird beauftragt, zusammen mit den Einwohnergemeinden die vor Jahren begonnene Aufgabenreform energisch voranzutreiben. Dabei sind fundamentale Reformen ins Auge zu fassen: Aufgabe, Verantwortung, Kompetenz und Finanzierungspflicht sind in der Regel der gleichen Körperschaft zuzuordnen.

Erledigt

Die Zielsetzung dieses Vorstosses ist in die Vorlage zur Neugestaltung des Finanzausgleichs eingeflossen. Siehe Ausführungen unter 1.3.1 "Neugestaltung Finanzausgleich".

7.5. Postulate